

# Von der Traufe in den Regen

## **Reorganisation kapitalistischer Herrschaft unter anderer Flagge. Eine Kritik des Befreiungsnationalismus im Zeitalter imperialistischer Barbarei**

Von Andreas Buderus

Die Krise der kapitalistischen Ordnung gebiert ihre Gegner oft in der Sprache ihrer eigenen Formen – und hält sie so gefangen in der Logik dessen, was sie zu bekämpfen meinen. Wer die Gegenwart verstehen will, darf sie nicht in einzelne Schauplätze zerlegen. Krieg und Aufrüstung hier, Sozial- und Grundrechteabbau dort, autoritäre Verschiebungen im Inneren, ökologische Verwüstung als gesondertes Feld – all das sind Momente eines Zusammenhangs.<sup>1</sup> Kapitalismus im spätimperialistischen Stadium der offenen Barbarei ist kein bloßes Nebeneinander nationaler Ökonomien, sondern ein weltumspannender Produktions- und Verwertungszusammenhang: Wertschöpfungsketten durchziehen Kontinente, Finanzmärkte reagieren in Sekundenbruchteilen, militärische Bündnisse sichern Rohstoffrouten und Handelswege.

Nationale Politik bewegt sich nicht außerhalb dieser Struktur, sondern innerhalb ihrer Logik. Der Nationalstaat bleibt realer Machtträger – er erhebt Steuern, führt Kriege, organisiert Repression –, doch er tut dies in einem global integrierten Gefüge von Abhängigkeiten. Ökonomische Konkurrenz schlägt in militärische Eskalation um. Der Abbau des Sozialstaats wird durch nationalistische Mobilisierung übertüncht. Klimakatastrophe, Überlastung der Erde, Kampf um Ressourcen, Rüstungsboom und Kriegseskalation bedingen einander. Unterdrückung nach außen und autoritäre Disziplinierung nach innen verstärken sich gegenseitig. Totalität meint in diesem Zusammenhang die objektive Verflechtung gesellschaftlicher Prozesse. Produktion, Eigentum, Staat, Ideologie und Krieg bilden eine strukturierte Einheit, in der jedes Moment auf die anderen verweist. Wer diese Einheit aus dem Blick verliert, sieht nur isolierte Erscheinungen – und verkennt die Bedingungen ihrer Entstehung.

Die nationale Frage erscheint unter diesen Bedingungen in veränderter Gestalt. Nationale Selbstbestimmung war im Zeitalter des klassischen Kolonialismus eine historische Aufgabe, die gleichbedeutend war mit der Auflösung direkter kolonialer Herrschaft. Im gegenwärtigen Stadium jedoch bedeuten nationale Staatsgründungen in der Regel sofortige Integration in Weltmärkte, Abhängigkeit von Kapitalströmen, militärische Bündniszwänge und die Herausbildung eigener Bourgeoisien oder staatskapitalistischer Eliten. »Nationale Befreiung« erweist sich so häufig als Reorganisation kapitalistischer Herrschaft unter eigener Flagge.

Das heißt nicht, dass rassistisch motivierte Unterdrückung verschwunden wäre. Im Gegenteil: Sie ist brutal präsent, aktuell etwa in Palästina, Kurdistan, dem Sudan/Darfur (Zaghawa und Fur) und Myanmar (Rohingya). Ökonomische Erpressung, Besatzung, Vertreibung, militärische Aggression, Massaker und Völkermord – all das ist die heute alltägliche Realität der Barbarei. Aber die Form, in der auf diese Gewalt reagiert wird, entscheidet über den Horizont der Antwort.

In einer global total integrierten Welt kann nationale Politik die kapitalistischen Struktur verwalten, modifizieren oder verteidigen, aber nicht isoliert aus ihr heraustreten – sie bleibt ökonomisch, politisch und militärisch darin verstrickt. Multipolarität verändert Konkurrenzformen, nicht die kapitalistische Grundstruktur selbst. Auch konkurrierende Machtblöcke operieren innerhalb desselben Reproduktionszusammenhangs von Kapital, Staatsmacht und militärischer Sicherung.<sup>2</sup> Wer die Gegenwart nicht als Zusammenhang begreift, wird ihre Konflikte als isolierte Ereignisse wahrnehmen. Wer sie als Totalität versteht, erkennt: Die scheinbaren Alternativen, die die Krise hervorbringt, bewegen sich innerhalb derselben strukturellen Logik kapitalistischer Krisenverwaltung.

## **Scheinsubjekt »Volk«**

Wenn die gesellschaftliche Totalität unsichtbar wird, zerfällt auch das Bewusstsein in Fragmente. Was strukturell zusammenhängt, erscheint als lose Abfolge isolierter Ereignisse. Wirtschaftskrise gilt als Managementfehler, Krieg als außenpolitische Notwendigkeit, sozialer Abstieg als individuelles Scheitern. Die Vermittlungen verschwinden hinter ihren Erscheinungsformen. Diese Verdinglichung ist keine bloße Täuschung, sondern eine reale Erfahrung in einer Gesellschaft, deren Prozesse sich dem unmittelbaren Zugriff entziehen. Produktionsentscheidungen fallen anonym, Finanzbewegungen sind abstrakt, Eigentumsstrukturen erscheinen naturgegeben. Klassenbeziehungen werden nicht als historisch produzierte Machtverhältnisse erkannt, sondern als sachliche Ordnung erlebt.<sup>3</sup> Wo der Zusammenhang nicht begriffen wird, drängt sich Ersatzdeutung auf. Irrationalismus bedeutet in diesem Sinne nicht einfach Ablehnung von Vernunft, sondern die ideologische Verarbeitung einer Realität, deren Vermittlungszusammenhang aus dem Blick geraten ist. An die Stelle historisch konkreter Analyse treten mythische Kategorien: »kulturelle Essenz«, »nationale Bestimmung«, »Identität«, »Schicksal«.<sup>4</sup>

Nationalismus bietet in dieser Lage eine scheinbar verbindende Einheit: »das Volk«. Er verspricht Unmittelbarkeit in einer Welt der Vermittlung. Der reale Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit wird transformiert in einen Gegensatz zwischen »innen« und »außen«. Klassenstruktur wird durch Zugehörigkeitsstruktur ersetzt. Die soziale Frage wird national umcodiert. Verteilungskämpfe erscheinen dann nicht mehr als Konflikt zwischen oben und unten, sondern zwischen jenen, die angeblich »leisten«, und jenen, die »von außen« Ansprüche anmelden. Migration wird als Sicherheitsproblem inszeniert. Reale, der kapitalistischen Reproduktionskrise geschuldete soziale Verunsicherung wird kulturell und moralisch verarbeitet. Das strukturelle Problem wird personalisiert, das systemische Verhältnis zur Frage der Loyalität.

Irrationalismus ist hier nicht Fehlfunktion einer ansonsten aufgeklärten Gesellschaft, sondern innere Tendenz der Ideologie der kapitalistischen Krisenverwaltung. Je stärker die Krise, desto größer das Bedürfnis nach Identifikation. Wo ökonomische Stabilität schwindet, reicht liberale Rationalität nicht mehr aus, um Zustimmung zu organisieren. Die Nation wird nicht nur als politisches Gemeinwesen verstanden, sondern als organische Einheit. Opposition erscheint als Zersetzung, Kritik als Verrat.<sup>5</sup>

Faschistische Ideologie radikalisiert diesen Mechanismus. Sie ersetzt Analyse vollends durch Mythos, Vermittlung durch Personalisierung, Widerspruch durch Feindbild. Klassenkonflikte erscheinen als Angriff auf eine angeblich homogene Gemeinschaft. Politische Gegnerschaft wird moralisiert, entmenschlicht und schließlich kriminalisiert. Der Übergang vom Nationalismus zur autoritären und schließlich faschistischen Integration ist keine zufällige Abweichung, sondern eine Steigerung innerer Tendenzen. Der »Volkskörper«, der sich nach außen gegen Feinde abschottet, diszipliniert nach innen seine eigenen Glieder.

Unterdrückernationalismus und faschistische Radikalisierung erscheinen so als zwei Seiten derselben Bewegung: nach außen militärische Aggression und territoriale Expansion, nach innen autoritäre Integration und Ausschaltung oppositioneller Kräfte.<sup>6</sup> Kriegspolitik legitimiert soziale Zumutungen, soziale Krise legitimiert Kriegsmobilisierung. Die reale Barbarei hat eine äußere und eine innere Form – doch beide speisen sich aus demselben gesellschaftlichen Zusammenhang.

In dieser ideologischen Konstellation wirkt »nationale Befreiung« auf den ersten Blick als Gegenpol. Sie verspricht Selbstbestimmung gegen Fremdherrschaft. Doch auch sie bewegt sich in der politischen Form des Nationalstaats. Auch sie greift auf die Kategorie »Volk« zurück. Und auch sie suspendiert – wenn sie zum strategischen Horizont erhoben wird – Klassenunterschiede und friert soziale Konflikte zugunsten nationaler Einheit ein. Die ideologische Kritik des »Befreiungsnationalismus« zielt daher nicht auf moralische Verurteilung, sondern auf dessen strukturelle Einordnung. Nicht jede nationale Bewegung ist reaktionär – aber jede nationale Form ist in eine Welt eingebunden, in der die politischen Kategorien von Volk, Staat und Souveränität selbst Teil der kapitalistischen Totalität sind.

## **Solidarität ohne Staatsillusion**

Die brutale Realität militärischer Unterdrückung – Bombardierungen, gezielte Zerstörung ziviler Infrastruktur, Besatzungen, Vertreibungen, Hungerregime, »ethnische Säuberungen« bis hin zum Genozid – lässt sich nicht relativieren. Wer hier von »Struktur« spricht, darf die konkreten Opfer nicht zum bloßen Moment einer Analyse degradieren. Solidarität mit den Betroffenen solcher Gewalt ist kein taktisches Instrument, sondern elementare humanistische und politische Verpflichtung. Doch gerade deshalb bedarf sie begrifflicher Klarheit. Die präzise Unterscheidung zwischen Solidarität mit ausgebeuteten, rassistisch ausgegrenzten und unterdrückten Bevölkerungen und der Identifikation mit nationalen Staatsprojekten ist zentral. Die Unterdrückung ist real. Der Nationalismus ist die ideologische Form ihrer Rechtfertigung.

Unterdrückernationalismus – also die nationale Selbstbehauptung imperialer oder regionaler Machtblöcke – legitimiert Aggression als Schutz des Eigenen. Er konstruiert äußere Bedrohung, um innere Disziplinierung zu rechtfertigen. Er versteckt ökonomische Interessen hinter »kultureller Identität« und stellt militärische Expansion als Verteidigung dar. In Zeiten verschärfter Blockkonkurrenz wird diese Logik zur Staatsräson. Aufrüstung, Kriegsvorbereitung und (Präventiv-)Krieg erscheinen als Friedenspolitik, wirtschaftliche Abschottung als Schutz der zum »Nationalvolk« erklärten und als Kanonenfutter in Anspruch genommenen Bevölkerung, die Einschränkung demokratischer Rechte als notwendige »Gefahrenabwehr«. Die Nation wird zur moralischen Instanz erhoben, der sich soziale Konflikte unterzuordnen haben.

Befreiungsnationalismus tritt dem als scheinbares Gegenbild gegenüber. Er reklamiert »Selbstbestimmung gegen Fremdherrschaft«, »kollektive Würde gegen Erniedrigung«, politische Souveränität gegen koloniale oder neokoloniale Abhängigkeit. Historisch konnte eine solche Perspektive unter Bedingungen direkter Kolonialherrschaft progressive Bedeutung erlangen. Doch im gegenwärtigen Stadium kapitalistischer Weltverflechtung ist nationale Staatsgründung keine Aufhebung der herrschenden Struktur, sondern ihre Reorganisation.

Der Nationalstaat ist keine neutrale Hülle. Er ist die politische Organisationsform kapitalistischer Gesellschaft. Er garantiert die Eigentumsordnung und sichert Akkumulationsbedingungen. Auch ein neu gegründeter Staat muss sich in Weltmärkte integrieren, Kreditbeziehungen eingehen, militärische Bündnisse berücksichtigen, Investitionsbedingungen schaffen. Er tritt als Subjekt auf, aber innerhalb eines bereits bestehenden globalen Gefüges. Das bedeutet nicht, dass Widerstand gegen Besatzung oder Aggression illegitim wäre. Bewaffnete Selbstverteidigung gegen imperialistische Übergriffe, Unterdrückung und Genozid ist nicht nur verständlich, sondern notwendig. Aber der strategische Horizont entscheidet: Wird nationale Organisation als taktisches Mittel begriffen – oder als Endpunkt emanzipatorischer Politik?

Sobald nationale Selbstbestimmung zum obersten Ziel erhoben wird, verschiebt sich der Fokus. Klassenunterschiede werden zugunsten nationaler Einheit suspendiert. Soziale Konflikte gelten als spaltend. Die Bildung einer eigenen Staatsmacht erscheint als Vollendung des Befreiungsprozesses. Die Eigentumsfrage tritt zurück, die Klassenfrage wird vertagt, die Integration in bestehende Märkte als Sachzwang akzeptiert. Unterdrücker- und Befreiungsnationalismus stehen sich dann nicht mehr als strukturelle Gegensätze gegenüber, sondern als konkurrierende Projekte innerhalb derselben politischen Form. Beide operieren mit der Kategorie des Volkes. Beide reproduzieren die Organisationsform, in der Kapital, Staatsmacht und militärische Sicherung ineinandergreifen. Die reale Alternative lautet daher nicht, dem eliminatorischen Unterdrückernationalismus einen scheinbar emanzipatorischen Befreiungsnationalismus entgegenzusetzen. Sobald Widerstand sich primär als nationale Selbstbehauptung konstituiert, bleibt er im Rahmen jener Welt, deren Gewalt er bekämpft. Befreiungsnationalismus bleibt, wenn er nicht über sich hinausweist, in der politischen Form, die diese Barbarei strukturell ermöglicht.

Gelebte Solidarität im Kampf gegen Unterdrückung, Eliminierung und Genozid gilt den konkret davon betroffenen Menschen und ihren realen Kämpfen – nicht der nationalstaatlichen Form, in der diese Kämpfe politisch gerahmt werden; und schon gar nicht der Verabsolutierung nationaler Staatsform als behauptetem emanzipatorischem Endpunkt. Solidarität heißt, materielle Bedingungen zu verändern, nicht symbolische Souveränität zu feiern. Sie richtet sich auf die Lebensbedingungen der arbeitenden und unterdrückten Klassen, nicht auf die diplomatische Anerkennung neuer Staatsapparate. Sie fragt nicht nur, wer über ein Territorium herrscht, sondern wem die Produktionsmittel gehören, wer über Ressourcen verfügt und wie gesellschaftlicher Reichtum verteilt wird.

## **Volksfront und ihre Grenze**

Die Geschichte der Volksfront beginnt nicht als theoretisches Konstrukt, sondern als Antwort auf eine konkrete historische Bedrohung. Am 6. Februar 1934 marschierten faschistische Verbände in Paris auf, angeführt von der »Croix de Feu«. Die Republik schien bedroht. Wenige Tage später vereinigten sich zwei getrennte antifaschistische Demonstrationen von Sozialisten und Kommunisten spontan auf der Straße. In dieser Situation gewann die Idee der Volksfront Gestalt. KP-Generalsekretär Maurice Thorez sprach von einem »Rassemblement populaire«, einem Bündnis, das über die Arbeiterbewegung hinaus auch Mittelschichten, Intellektuelle, Liberale und konservative Demokratinnen und Demokraten einschließen sollte. Die strategische Wende war zugleich ein Eingeständnis: Die kommunistischen Parteien hatten ihre eigene Stärke über- und die reale Macht der faschistischen Bewegungen unterschätzt. Auf dem VII. Weltkongress der Komintern 1935 wurde die bisherige Gleichsetzung von bürgerlicher Demokratie und Faschismus revidiert. Georgi Dimitroff forderte, »jeden Fußbreit der bürgerlich-demokratischen Freiheiten« zu verteidigen. Diese Neubestimmung war keine romantische Hinwendung zum Parlamentarismus, sondern die Einsicht, dass politische Freiheiten reale Handlungsspielräume eröffneten – Räume, die unter faschistischer Herrschaft systematisch und durch offenen Terror zerstört werden.

In Frankreich verschoben Streikbewegungen und Betriebsbesetzungen 1935 die Kräfteverhältnisse. Der »Sommer der Hoffnung« brachte konkrete Verbesserungen: bezahlte Urlaubstage, die 40-Stunden-Woche, Lohnerhöhungen, stärkere gewerkschaftliche Rechte. Diese Reformen waren nicht das Produkt parlamentarischer Harmonie, sondern Resultat klassenautonomer Mobilisierung. Die Volksfront war dort wirksam, wo sie auf eine selbstbewusste Arbeiterbewegung gestützt war.<sup>7</sup>

Gerade darin liegt ihre historische Lehre – und ihre Grenze.

Volksfrontregierungen operierten unter struktureller Spannung. Sie mussten Kapitalinteressen beruhigen und Arbeiterforderungen bedienen. Blieben Reformen moderat, enttäuschten sie ihre Basis; gingen sie weiter, mobilisierten sie Mittelklassen und Kapital gegen sich. Die Eigentums- und Machtfrage blieb unentschieden. Die Volksfront erzielte zeitweise reale Erfolge gegen faschistische Bedrohungen. Doch wo die Verfügung über Eigentum, Kredit, Produktionsmittel und exekutive Machtinstrumente (Militär und Polizei) unangetastet blieb, blieb auch die strukturelle Grundlage reaktionärer,

autoritärer Gegenbewegung bestehen. In Momenten verschärfter Krise konnte diese nicht nur überleben, sondern sich – häufig mit ausländischer Unterstützung und Intervention – gewaltsam und putschistisch durchsetzen (Spanien, Chile).

Diese Feststellung negiert nicht die qualitative Differenz der Herrschaftsformen. Bürgerliche Demokratie eröffnet reale Handlungsspielräume für Organisation, Öffentlichkeit und Klassenkampf, die im Faschismus systematisch vernichtet werden. Gerade deshalb ist die Verteidigung bürgerlich-demokratischer Rechte unter bestimmten Bedingungen notwendig. Nicht aus Illusion über ihren Charakter, sondern weil ihre Zerstörung die Arbeiterklasse entwaffnet. Bürgerlich demokratische Rechte sind kein emanzipatorischer Endzustand, sondern Kampfterrain. Wer sie preisgibt, verliert die Möglichkeit kollektiver Selbstorganisation; wer sie absolut setzt, verwechselt das Terrain mit dem Ziel. Ihre Verteidigung ist notwendig – ihre Verabsolutierung wirkt fatal. Deshalb darf die Verteidigung bürgerlich-demokratischer Rechte niemals mit der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie als gesellschaftlicher Gesamtordnung verwechselt werden.

Die strukturelle Trennung zwischen formaler politischer Gleichheit und privat konzentrierter Verfügung über Produktions- und Investitionsentscheidungen ist dem kapitalistischen Reproduktionsregime selbst eingeschrieben. Die bürgerliche Demokratie verallgemeinert politische Teilhabe, während die Verfügung über Eigentum, Kredit, Infrastruktur und Technologie exklusiv bleibt. Diese Begrenzung ist kein Defekt, sondern konstitutiv: Politische Konkurrenz bewegt sich innerhalb ökonomischer Voraussetzungen, die sie selbst nicht zur Disposition stellt. Neu ist jedoch die historische Zuspitzung dieser Struktur. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich private Vermögen so weit konzentriert, dass der Reichtum einzelner Kapitalisten die Haushalte vieler Nationalstaaten übersteigt. Ökonomische Macht verwandelt sich nicht mehr nur mittelbar in politischen Einfluss, sondern zunehmend in unmittelbare politische Verfügung. Globale Konzerne, Finanzakteure und Technologiekartelle operieren transnational, entziehen sich einzelstaatlicher Regulierung und wirken direkt auf Gesetzgebung, Medienlandschaft und öffentliche Meinung ein. Sie nutzen Staaten als Instrumente, umgehen sie bei Bedarf und tragen so zu einer Form globalisierter Klassenherrschaft bei, in der formal demokratische Verfahren noch fortbestehen, aber zunehmend faktisch und exekutiv umgangen oder legalistisch eingehegt werden. Die demokratische Form bleibt sichtbar, während ihre materielle Grundlage sich weiter von gesellschaftlicher Verfügung entfernt.<sup>8</sup>

In dieser Konstellation erscheint der Ruf nach der »Verteidigung der Demokratie« verständlich – doch wenn er nicht über die Sicherung formaler Rechte hinausgeht, bleibt er defensiv. Antifaschismus darf sich weder auf moralische Empörung noch auf parlamentarische Appelle beschränken. Er muss ökonomisch, kulturell und organisatorisch ansetzen: die Logik der politischen Ökonomie der Kriegsvorbereitung<sup>9</sup> durchbrechen, reale soziale und politische Verbesserungen erkämpfen, solidarische Gegenentwürfe entwickeln und Strukturen aufbauen, in denen Solidarität praktisch erfahrbar wird.

Die notwendige Aktionseinheit der Organisationen von Arbeiterinnen und Arbeitern gegen faschistische Kräfte ist von einer klassenübergreifenden Volksfrontpolitik strikt zu unterscheiden. Eine Einheitsfront entsteht aus praktischer Zusammenarbeit im Kampf, ohne politische Selbstaflösung und ohne strategische Preisgabe eigener Ziele. Eine Volksfront hingegen integriert bürgerliche Kräfte in ein Bündnis, das die Eigentums- und Machtfrage ausklammert. Wo die Einheit der Arbeiterklasse zur Unterordnung unter die Logik bürgerlicher Stabilisierung wird, verliert sie ihren emanzipatorischen Charakter. Der Unterschied ist nicht taktisch, sondern strategisch.<sup>10</sup> Breitere Bündnisse können deshalb lediglich taktisch notwendig sein. Doch sie dürfen nicht zum strategischen Endpunkt werden.

## **Integration in dieselbe Ordnung**

Angesichts der imperialistischen Barbarei scheint es, als müssten sich emanzipatorische Kräfte entscheiden: zwischen Befreiungsnationalismus und Unterdrückernationalismus, zwischen Demokratie und Faschismus. Die Alternative scheint klar, moralisch eindeutig, historisch dringlich. Doch sie bewegt sich innerhalb desselben gesellschaftlichen Zusammenhangs, aus dem beide Pole hervorgehen. Tatsächliche Befreiung und Demokratie beginnen dort, wo Nationalstaat und bürgerliche Demokratie enden – jenseits von Staatsgrenzen, Eigentumstiteln und parlamentarischer Repräsentation. Demokratie bedeutet nicht Regierung über das nationalstaatlich definierte und in Anspruch genommene Volk, sondern Selbstregierung ohne verselbstständigte Staatsapparate. Sie setzt die Expropriation der Expropriateure voraus, die Aufhebung der privaten Verfügung über Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der gesellschaftlichen Reproduktion. Solange ökonomische Macht konzentriert bleibt, bleibt politische Gleichheit formal. Erst wo Produzentinnen und Produzenten kollektiv selbstbestimmt über Herstellung von Gütern, ihre Verteilung und gesellschaftliche Planung entscheiden, verschwindet die Trennung von politischer und ökonomischer Sphäre.

Unterdrückernationalismus und Befreiungsnationalismus, Demokratieverteidigung und Faschismus sind unterschiedliche Integrationspfade innerhalb desselben Reproduktionsregimes von Kapital, Staatsmacht und ungleicher Verfügung über gesellschaftlichen Reichtum. Solange diese Grundlage unangetastet bleibt, reproduzieren sich nationale Mobilisierung, autoritäre Verdichtung und gewaltsame Eskalation immer wieder aufs neue. Wahre Emanzipation verlangt weder nationale Selbstbehauptung noch demokratische Selbstverteidigung als Endpunkt. Sie verlangt die bewusste Überwindung jener gesellschaftlichen Bedingungen, aus denen beides hervorgeht. Die Krise gebiert ihre Gegner in der Sprache ihrer eigenen Formen – und hält sie gefangen in der Logik dessen, was sie zu bekämpfen meinen. Befreiung beginnt dort, wo diese Logik selbst durchbrochen wird.

## **Anmerkungen**

1 Andreas Buderus: Faulender Kapitalismus, reale Barbarei. *Gewerkschaftsforum.de*, 15.9.2025, <https://kurzlinks.de/eyub>

2 Andreas Buderus: Wenn in Davos die Barbarei im Maßanzug tafelt.  
*Gewerkschaftsforum.de*, 12.2.2026, <https://kurzlinks.de/zrif>

3 Georg Lukács: Geschichte und Klassenbewusstsein. Studien über  
marxistische Dialektik (1923). Neuwied/Berlin, 1968, <https://kurzlinks.de/vsj1>

4 Georg Lukács: Zur Kritik der faschistischen Ideologie. Berlin/Weimar, 1989,  
<https://kurzlinks.de/fue9>

5 Andreas Buderus: Wenn Angriffskrieg zur geschätzten ›Drecksarbeit‹ wird,  
und das verordnete ›Wir‹ zu seiner ideologischen Uniform.  
*Gewerkschaftsforum.de*, 31.7.2025, <https://kurzlinks.de/12bw>

6 Andreas Buderus: General(s)versammlung der Barbarei.  
*Gewerkschaftsforum.de*, 7.10.2025, <https://kurzlinks.de/2cas>

7 Kasper Braskén: Das ambivalente Vermächtnis der Volksfront. In:  
*LUXEMBURG*, 1/2026, <https://kurzlinks.de/73na>

8 Siehe Oxfam: Bericht zur sozialen Ungleichheit 2026, <https://kurzlinks.de/bfay>

9 Andreas Buderus: Zur Kritik der politischen Ökonomie der  
Kriegsvorbereitung: Sicherheit organisieren heißt Krieg produzieren.  
*Gewerkschaftsforum.de*, 5.3.2025, <https://kurzlinks.de/ooik>

10 Mario Candeias: Das politische Feld nach links verschieben – Bedingungen  
und Schwierigkeiten einer antifaschistischen Volksfront. In: *LUXEMBURG*,  
1/2026, <https://kurzlinks.de/13zb>

Andreas Buderus schrieb an dieser Stelle zuletzt am 18. Februar 2026 darüber,  
warum Antimilitarismus ohne Streik als Waffe folgenlos bleibt: »[Kein Frieden  
ohne Gegenmacht](#)«

<https://www.jungewelt.de/artikel/520127.nationalismus-von-der-traufe-in-den-regen.html>